

■ Mehr als die reale Wirtschaftsleistung werden Wertsteigerungen und Gewinne zum Maßstab des Erfolgs.

Von der Kreditwürdigkeit eines Staates hängt die Möglichkeit ab, sich auf internationalen Finanzmärkten zu finanzieren. Durch die Herabstufung eines Landes werden nicht nur die Finanzierungskosten der Staatsschulden höher, als Folge können auch die inländischen Unternehmen schlechter beurteilt werden.

Durch negative Ratings werden Staaten gezwungen, mit öffentlichen Geldern Banken zu retten, um noch größeren Schaden für die Volkswirtschaft und die Allgemeinheit abzuwenden. Die Rechnung zahlen die Steuerzahler und das Geld fehlt für wichtige öffentliche Aufgaben.

Weltherrschaft Finanzkapitalismus

Die letztlich anonyme Macht des internationalen Finanzkapitals setzt Regierungen unter Druck, zwingt Institutionen wie die Europäische Zentralbank oder selbst die Weltbank zum Handeln, um Schäden und Gefahren für die Weltwirtschaft abzuwenden. Regierungen sind in vielen Bereichen machtlos, unter internationalem Druck müssen Schulden zurückgezahlt werden. Also muss gespart werden: Bei Sozialausgaben, staatlichen Einrichtungen, im Bildungswesen, bei Investitionen und Subventionen jeder Art.

Was tun?

Sind wir – Bürgerinnen und Bürger – diesen Mächten einfach ausgeliefert?

Österreichweit, europaweit formieren sich Bürgerinitiativen gegen Vorhaben wie TTIP und ähnliche Abkommen, die die Konzentration von wirtschaftlicher und finanzieller Macht weiter steigern würden. Europäische Bürgerbegehren können Politiker beeinflussen und in internationalen Verhandlungen stärken.

Doch auch auf regionaler Ebene gibt es Möglichkeiten, die Abhängigkeit von internationalen Finanzmärkten zu verringern. Durch Unterstützung regionaler Betriebe, den Kauf regionaler Erzeugnisse wird die Abhängigkeit von internationalen Konzernen und Finanzmächten eingeschränkt, die heimische Wirtschaft gestärkt.

Ähnliches gilt weltweit für den Kauf von Fair-Trade Produkten und die Unterstützung gerechter Produktionsweisen. Verbraucher haben Macht, gegen den Machtmissbrauch internationaler Konzerne, gegen ungerechte Löhne, unzumutbare Arbeitsbedingungen und menschenunwürdige Behandlung von Menschen aktiv zu werden. Wenn Produkte bestreikt, der Ruf einer Firma geschädigt wird, bleibt das nicht ohne Reaktionen.

Für eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse wird all das natürlich nicht reichen. Um der ausufernden Macht des internationalen Finanzkapitalismus, mit den drohenden immensen Schäden für die reale Wirtschaft Grenzen zu setzen, braucht es internationale, weltweite Vereinbarungen. Diese scheinen derzeit nicht in Sicht. ■

Erratum

Dieses Buch von Wolfgang Oberndorfer haben wir in der Nummer 1/2015 von *Quart* besprochen. Leider haben wir aber das falsche Umschlagbild abgedruckt, nämlich das Cover eines früheren Buches desselben Autors. Wir bitten um Entschuldigung für diesen Irrtum und zeigen nun das richtige Buch. ■

